

„Integration durch Teilhabe“

Das möchten wir in der Regierung umsetzen

„Deutschland ist ein offenes Land. Wir setzen uns für ein gleichberechtigtes gesellschaftliches Miteinander in Vielfalt ein. Integrationspolitik neu zu denken heißt letztendlich auch, den Begriff der Integration zu überwinden und durch den selbstverständlichen Anspruch auf Teilhabe zu ersetzen. Diesem Prinzip müssen sich alle Ressorts der Bundesregierung verpflichten.“

Diesen Grundsätzen des SPD-Regierungsprogramms fühle ich mich verpflichtet. Die SPD sieht Vielfalt nicht als Gefahr sondern als Chance für eine offene Gesellschaft. Unser Ziel ist es, dass die kulturelle, weltanschauliche und religiöse Vielfalt innerhalb unserer rechtsstaatlichen und sozialstaatlichen Grundordnung in Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Kunst und Kultur selbstverständlich mitgedacht wird. Mehr Teilhabe eines jeden Bürgerin und eines jeden Bürgers möchten wir durch drei konkrete Forderungen ermöglichen:

- Städte und Gemeinden müssen bei den Themen Einwanderung und Integration stärker unterstützt werden. Die massiven Kürzungen beim Programm „**Soziale Stadt**“ durch die schwarz-gelbe Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP haben vielerorts zur kompletten Streichung sozialintegrativer Maßnahmen, wie etwa Sprachkursen oder Jugendbetreuung geführt.
- Wir werden das **Staatsangehörigkeitsrecht** modernisieren in dem wir die **doppelte Staatsbürgerschaft** von Bürgerinnen und Bürgern akzeptieren. Die Optionspflicht für junge Erwachsene ab 18 Jahren wird abgeschafft, da sie die Betroffenen oft vor eine innere Zerreißprobe stellt. Mädchen und Jungen, die hier geboren werden, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und behalten.
- Wir werden uns für eine verfassungsändernde Mehrheit im Bundestags einsetzen, damit es zukünftig Bürgerinnen und Bürgern, die nicht EU-Bürger sind, ermöglicht wird an **Kommunalwahlen** teilzunehmen. Der Zusammenhalt in den Städten ist gefährdet, wenn ein Teil der Bevölkerung nicht mit über seinen Stadtrat oder seine Oberbürgermeisterin oder seinen Oberbürgermeister mitentscheiden kann.

Über diese und weitere Punkte möchte ich gerne mit Ihnen am **Sonntag, dem 8. September um 11.00 Uhr bei der Alevitischen Gemeinde in Geislingen sprechen.**

Ihre Heike Baehrens